

Schwarzwälder Bote

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG  FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG



Walz hatte sie alle im Salon

Nach dem Tod des Starfriseurs haben viele Promis ein großes Haarproblem.

► Hintergrund



Schlimmer Verdacht

In Berlin soll es einen Fall von Kannibalismus geben.

► Aus aller Welt



Live nicht zu ersetzen

Messe »Starter-online« kommt bei Schulen gut an.

► Rottweil

Ausgabe R2 | 186. Jahrgang | Nummer 271 | E 6239 A

Samstag, 21. November 2020 | Einzelpreis 2,00 Euro

Anprobe am PC

Wie fällt der Stoff – und fließen die Konturen elegant genug? Das Modeunternehmen Marc Cain aus Bodelshausen bei Hechingen ersetzt seine Models aus Fleisch und Blut durch 3D-Avatare

► Wirtschaft



Thema des Tages

Von Bernhard Walker



Rente für alle?

Die Mitglieder im CDU-Fachausschuss für Soziales trauen sich was – und eröffnen eine Debatte, die sich viele Bürger seit Langem wünschen. Sie fragen, warum bei uns nicht gehen soll, was in Österreich schon seit Jahren gilt. Dort hatte 2004 Kanzler Wolfgang Schüssel – übrigens auch ein Christdemokrat – durchgesetzt, dass neue Bundesbeamte in die Rentenversicherung einbezogen werden. Das zeigt: Eine solche Reform ist nicht bloß ein Projekt linker Umverteilungsfantasten. Und doch gibt es zwei große Haken. In Deutschland müssten 16 Länder mitziehen, weil sie Dienstherrn der meisten Beamten sind. Und teuer wäre es auch. Der Staat müsste in einer langen Übergangszeit die Pensionsansprüche der Beamten bezahlen und für neue Kollegen Rentenbeiträge abführen. Ob die Gesellschaft diese Doppelbelastung stemmen will, sollte deshalb schnellstmöglich geklärt werden.

Ministerin räumt Expo-Fehler ein

Stuttgart. Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU, Balingen) hat in der Affäre um den Landes-Pavillon bei der Weltausstellung in Dubai Fehler ihres



Nicole Hoffmeister-Kraut

Hauses eingestanden. Zugleich betonte sie vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags, der finanziell heftig aus dem Ruder gelaufene Expo-Bau sei für die Südwest-Firmen eine wichtige Plattform der Präsentation.

► Baden-Württemberg

CDU-Idee: Adieu Pensionen!

Ruhestand | Sozialausschuss will junge Beamte stattdessen in Rentekasse aufnehmen

Es wäre eine Revolution: Beamte, die im Jahr 2030 jünger als 30 sind, sollen künftig in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einzahlen. Das fordert der CDU-Fachausschuss Sozialen in einem Konzept.

► Von Bernhard Walker

Berlin. Damit würden sie im Ruhestand keine Pension mehr bekommen, sondern wie die meisten Beschäftigten

eine normale Rente. Seit Jahren schon sorgen die unterschiedlichen Versorgungshöhen immer wieder für teils heftige Neid-Debatten.

Unter dem Titel »Wir wollen eine funktionierende Rente für alle« argumentiert der CDU-Ausschuss: »Die Rentensysteme jenseits der GRV werden von der Bevölkerung als Privilegien betrachtet, an denen sie nicht teilnehmen können.« Deshalb sei es für die CDU »vorstellbar«, die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenkasse zu ent-

wickeln, in die neben Beamten auch Politiker und Selbstständige einzahlen.

Lob für den Vorstoß kommt vom Tübinger SPD-Abgeordneten Martin Rosemann: Seine Partei sei schon »seit Langem für eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle Beschäftigten solidarisch einzahlen. Wenn die CDU das jetzt auch will, können wir sofort darüber verhandeln.« Der CDU-Abgeordnete Peter Weiß (Wahlkreis Emmendinger-Lahr) betont dagegen, es handle sich lediglich um eine

»Arbeitsvorlage von Referenten«, über die noch nicht abschließend beraten sei.

Beim Beamtenbund stößt der Vorschlag auf wenig Gegenliebe. Landeschef Kai Rosenberger betont, im Grundgesetz sei festgehalten, dass der Dienstherr Beamten amtsangemessene Pensionen zu gewähren habe. Die Integration ins Rentenmodell spare deshalb kein Geld, weil der Dienstherr für die Beamten dann eine »adäquate Zusatzversorgung« aufbauen müsse. ► Thema des Tages

Strobl: keine Toleranz

Polizei | Kampf gegen Rechtsextremisten

Oberndorf (rd). Im Südwesten hat es in den ersten zehn Monaten des Jahres 32 Verdachtsfälle von rechtsextremen Umtrieben bei der Polizei gegeben. Betroffen sind insgesamt 45 Beamte.

Sieben Verfahren davon haben bereits zum Rauswurf der betroffenen Polizeianwärter geführt. In elf Fällen laufe die Untersuchung noch, zehn Verfahren wurden eingestellt,

nachdem sich die Vorwürfe nicht erhärtet hätten. Um die Zahlen einordnen zu können: Bei der Polizei im Land arbeiten rund 34 000 Menschen.

Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) kündigte derweil an, beim Thema Rassismus, Extremismus und Antisemitismus verfolge er eine klare Null-Toleranz Politik. ► Baden-Württemberg

Merkel macht Mut

Corona | Kommt Impfstoff im Dezember?

Mainz. Es könnte das tollste Weihnachtsgeschenk werden: Kanzlerin Angela Merkel (Bild, CDU) rechnet noch im Dezember oder »sehr schnell nach der Jahreswende« mit der Zulassung eines Corona-Impfstoffes in Europa.

Die Impfungen könnten unmittelbar danach anlaufen. Was für den ehr-

geizigen Zeitplan spricht: Das Mainzer Unternehmen Biontech und der Pharmariese Pfizer wollen bis zum Wochenende in den USA eine Notfallzulassung beantragen. Der Antrag für Europa sei ebenfalls vorbereitet.

Liege die Genehmigung vor, könne Biontech das Mittel »innerhalb von Stunden liefern«. ► Hintergrund



23.-28. November die Radwelt bleibt geschlossen!
INVENTUR
Radwelt Meßmer Rottweil
NEUER AUSWAHL

Service

Anzeigen:
Telefon 0800/780 780 1
Mo.-Fr. 7-18 Uhr, Sa. 8-12 Uhr
So. 13-18 Uhr
Abonnement:
Telefon 0800/780 780 2
Mo.-Fr. 7-18 Uhr, Sa. 8-12 Uhr
Redaktion:
Telefon 07423/78-0
E-Mail:
service@schwarzwaelder-bote.de
ePaper:
www.schwarzwaelder-bote.de/digital



Kreis Rottweil

Besuchsverbot in Klinik sorgt für Verzweiflung

In der Helios-Klinik gilt aktuell wieder ein Besuchsverbot. Eine Leserin ist verzweifelt. Ihr 94-jähriger Onkel liege schwer krank in der Klinik und verstehe nicht, warum niemand zu ihm kommt. Es sei schwer, am Telefon Klarheit über seinen Zustand zu bekommen. Die Klinik-Sprecherin betont, dass die hohe Corona-Inzidenzzahl im Kreis ein Besuchsverbot unumgänglich mache. Der Schutz aller Patienten und des Personals stehe im Fokus.

Hardt

Gemeinde verkauft zwei Immobilien

Für die Finanzierung der Kita-Sanierung benötigt die Gemeinde Geld: Deswegen werden nun zwei Häuser verkauft, die nicht mehr benötigt werden. Das Haus Königfelder Straße 16 wurde einst erworben, um die Friedhofskonzeption voranzutreiben. Eine Erweiterung ist nun aber nicht mehr nötig, da durch den Trend zum Urnengrab weniger Platz benötigt wird. Das Haus Reutebachstraße 1 wurde einst zur Unterbringung von Flüchtlingen gekauft.


Hirt+Teufel
Anwaltskanzlei

Olaf SCHICK
Fachanwalt für Arbeits- und Familienrecht
Rechtsanwalt und Mediator

Berner Feld 74 • 78628 Rottweil
0741/17540 - 0 • www.hirt-teufel.de • info@hirt-teufel.de

